



# Gewerkschaft der Polizei

## Landesbezirk Hessen



### BEZIRKSGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Mainz-Kastel, 16. Dezember 2011

## Arbeit am „Steinbruch Bereitschaftspolizei“ wieder aufgenommen

Die Reform der Hessischen Bereitschaftspolizei ging gerade zu ende, die Kolleginnen und Kollegen haben sich im reformierten Bereitschaftspolizeipräsidium noch nicht richtig zu Recht gefunden. Viele Ängste und Sorgen sind noch nicht zerstreut; doch schon sind im Landespolizeipräsidium erneut Überlegungen im Gange, was sich noch so aus dem Bereitschaftspolizeipräsidium herauspressen ließe!

Doch zunächst stellt sich die Frage: „Warum?“

Das Land Hessen muss Schulden ab- bzw. darf keine neuen aufbauen. Deshalb wurde dem Landespolizeipräsidium ein Einsparvolumen von 52 Mio. Euro im Polizeihaushalt auferlegt. Als mündige Staatsbürger und selbst Steuerzahler sind wir alle gerne bereit, unseren Beitrag zu leisten, doch bitte nur im Rahmen, den alle Präsidien paritätisch zu erfüllen haben!!!

Was wir deutlich ablehnen sind Kooperationen mit anderen Bundesländern, die dazu führen, dass sich die Struktur des Bereitschaftspolizeipräsidiums dergestalt verändert, dass wir über kurz oder lang nicht mehr handlungsfähig sind und unsere Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können oder unsere Kolleginnen und Kollegen unter die Führung eines anderen Bundeslandes gestellt werden!!!

## Die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei lehnt kategorisch ab:

- > **Die Schließung** der WSPSt Wiesbaden oder einer anderen WSPSt zugunsten der WSP Rheinland-Pfalz !!!
- > **Die Personalverlagerung** aus dem Bereich der Wasserschutzpolizei Hessen in die Führungsverantwortung von Rheinland-Pfalz !!!
- > **Die Schließung** einer weiteren Technischen Einsatzeinheit und Umwandlung des hierdurch entstehenden Personalüberhanges in eine neue Einsatzeinheit !!!
- > **Die Auflösung** oder weitere Reduzierung des LPO !!!

Die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei befürwortet und unterstützt Expansionsmaßnahmen, wie sie bei der Polizeihubschrauberstaffel angedacht sind - Aufgabenübernahmen für Rheinland-Pfalz und das Saarland - sofern diese nicht zu einer zusätzlichen Belastung oder sozialen Einschnitten bei unseren „fliegenden Kolleginnen und Kollegen“ führt.